

Pressemitteilung

26.09.2022

Digitalisierte Beschaffungs- und Vergabeprozesse für alle

Bremen stellt allen Bundesländern und Kommunen digitale Lösungen zur Nachnutzung zur Verfügung

Zur Erfüllung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) setzt Bremen für alle Bundesländer das Projekt „Vergabe“ um. Ziel des Umsetzungsprojektes ist es, bürokratische Hürden im Beschaffungsprozess abzubauen, die Interaktion zwischen Lieferanten und der Verwaltung zu erleichtern und den Wettbewerb bei öffentlichen Aufträgen zu stärken. Im Sinne des „Einer für Alle“ (EfA)-Prinzips können Behörden anderer Bundesländer und Kommunen über standardisierte Schnittstellen an die in Bremen produzierten Lösungen angebunden werden.

Das Umsetzungsprojekt besteht aus drei Teilprojekten, in denen Produkte für unterschiedliche Aspekte des Vergabe- und Beschaffungsprozesses realisiert werden:

- **Teilprojekt 1 „Teilnahme an Vergabe / Präqualifizierungsservice:** Das hier entwickelte Portal (www.pq-online.eu) ermöglicht einen effizienten Präqualifizierungsvorgang, mit dem Unternehmen ihre Eignung im Sinne der Vergabe- und Vertragsordnung für öffentliche Aufträge gegenüber Auftraggebern aus der öffentlichen Verwaltung nachweisen können.
- **Teilprojekt 2 „Digitale Bestellung / Lieferantencockpit“:** Das sog. Lieferantencockpit (www.lieferantencockpit.de) ermöglicht es Unternehmen mit allen Verwaltungseinheiten zu interagieren, mit denen Rahmenverträge geschlossen wurden. Über das Lieferantencockpit kann das Unternehmen zukünftig Bestellungen im Standard XBestellung empfangen, seine standardbasierten Katalogdaten einstellen und pflegen sowie die öffentliche Verwaltung beraten.
- **Teilprojekt 3 „Zugang zur öffentlichen Vergabe“:** Dieses in Kooperation mit dem Bundesministerium für Inneres (BMI) betriebene Teilprojekt verfolgt das Ziel, einen vereinfachten, standardbasierten Unternehmenszugang zur öffentlichen Beschaffung zu gewährleisten. Bremen hat einen standardbasierten Vermittlungsdienst konzipiert und realisiert. Auftrags- und Vergabebekanntmachungen können dadurch von verschiedenen Vergabepattformen in ein einheitliches, auf den Vorgaben der EU-Durchführungsverordnung zur standardisierten Veröffentlichung von

Bekanntmachungen (eForms) basierendes Format überführt und über die Peppol-Infrastruktur dem vom BMI entwickelten Bekanntmachungsservice (https://www.bescha.bund.de/DE/ElektronischerEinkauf/Bekanntmachungsservice_Bund/BKMS_node.html) sicher übermittelt werden.

Ziel ist es, im Rahmen des EfA-Prinzips möglichst viele Bundesländer für die Nachnutzung zu gewinnen, da so die ressourcenschonenden Synergieeffekte besonders zum Tragen kommen. Als Voraussetzung für die erfolgreiche Umsetzung gilt die „8+1“ Vorgabe. Das bedeutet, dass neben dem umsetzenden Land (+1) jeweils noch 8 weitere Bundesländer bis Ende 2022 an die Online-Dienste der drei Produkte angebunden werden sollen. Diese Vorgabe gilt für alle EfA-Projekte. Damit ist sichergestellt, dass bundesweit jedes entwickelte Produkt in mindestens 9 Bundesländern eingeführt wird. Neben der Freien Hansestadt Bremen, als Initiatorin und Entwicklerin des Prozesses, konnten bislang die Länder Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Mecklenburg-Vorpommern sowie Bremerhaven als Pilotkommune zur Nachnutzung gewonnen werden.

Auf Konferenzen und Terminen, sowie über verschiedene Veröffentlichungen wird Bremen nun die anderen Bundesländer und Kommunen über die Möglichkeiten und Vorteile der entwickelten Lösungen zur digitalen Vergabe informieren. Dabei werden die rechtlichen, technischen, finanziellen und organisatorischen EfA-Dimensionen vorgestellt, um die Anbindung optimal vorzubereiten und schnellstmöglich durchzuführen.

Die Bremer Projektverantwortlichen möchten interessierte Bundesländer und Kommunen zur Nachnutzung einladen. Zentrale Informationen zur Nachnutzung sind auf dem sogenannten [„Marktplatz der Nachnutzung“ der OZG-Informationsplattform](#) jederzeit abrufbar.

Zum Hintergrund:

Das Onlinezugangsgesetz sieht vor, dass bis Ende 2022 alle Verwaltungsleistungen digital zur Verfügung stehen. In 14 Themenfeldern arbeiten die Bundesländer an Lösungen für rund 600 Verwaltungsleistungen - von der digitalen Anmeldung eines Zweiwohnsitzes bis zur digitalen Beantragung einer Geburtsurkunde. Die Freie Hansestadt Bremen setzt im Kontext des OZG einen Projektauftrag im Themenfeld „Unternehmensführung & -entwicklung“ um. Das Projekt hat ein Volumen von etwa 30 Millionen Euro. Das Vorhaben widmet sich der Verbesserung des Prozesses für Unternehmen bei der Beteiligung an öffentlichen Ausschreibungen. Verfahren sollen erleichtert und möglichst viele Unternehmen für die Teilnahme an öffentlichen Ausschreibungen gewonnen werden.

Weitere Informationen zum Bremer Umsetzungsprojekt stehen auf der [Webseite des Senators für Finanzen](#) zur Verfügung.

Simon Hammann, Stellvertretender Pressesprecher beim Senator für Finanzen, Tel.: (0421) 361 42559, E-Mail presse@finanzen.bremen.de